



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Geschichte fürs deutsche Volk

Schnizer, Otto

Stuttgart, [1929]

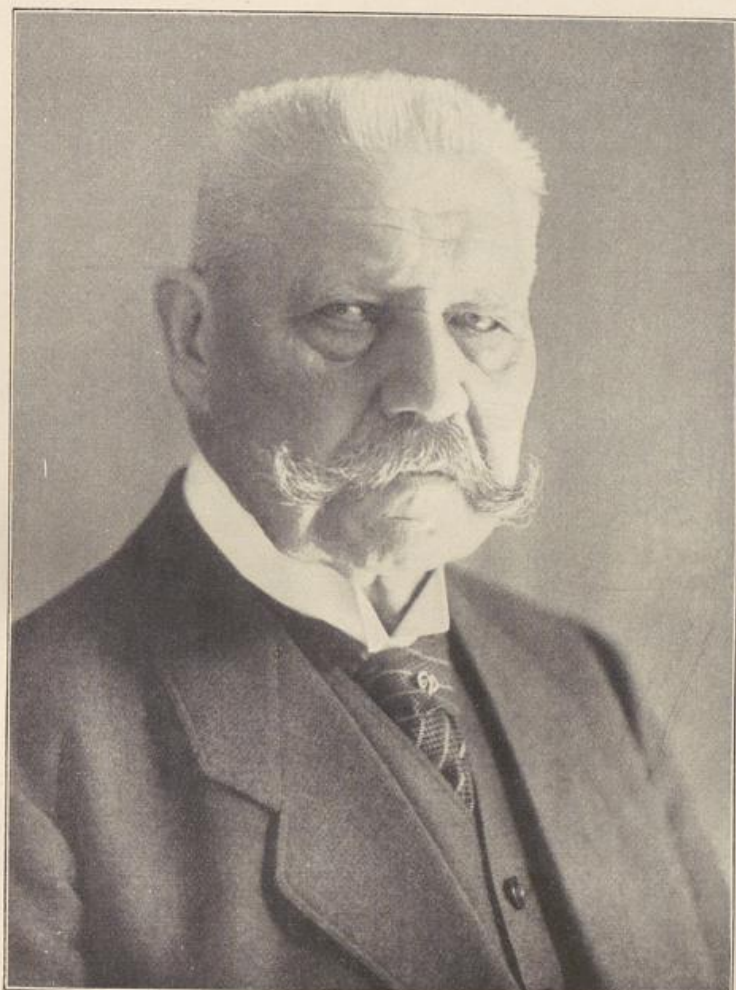
5. Die Jahre nach dem Krieg

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77080](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77080)

5. Die Jahre nach dem Krieg.

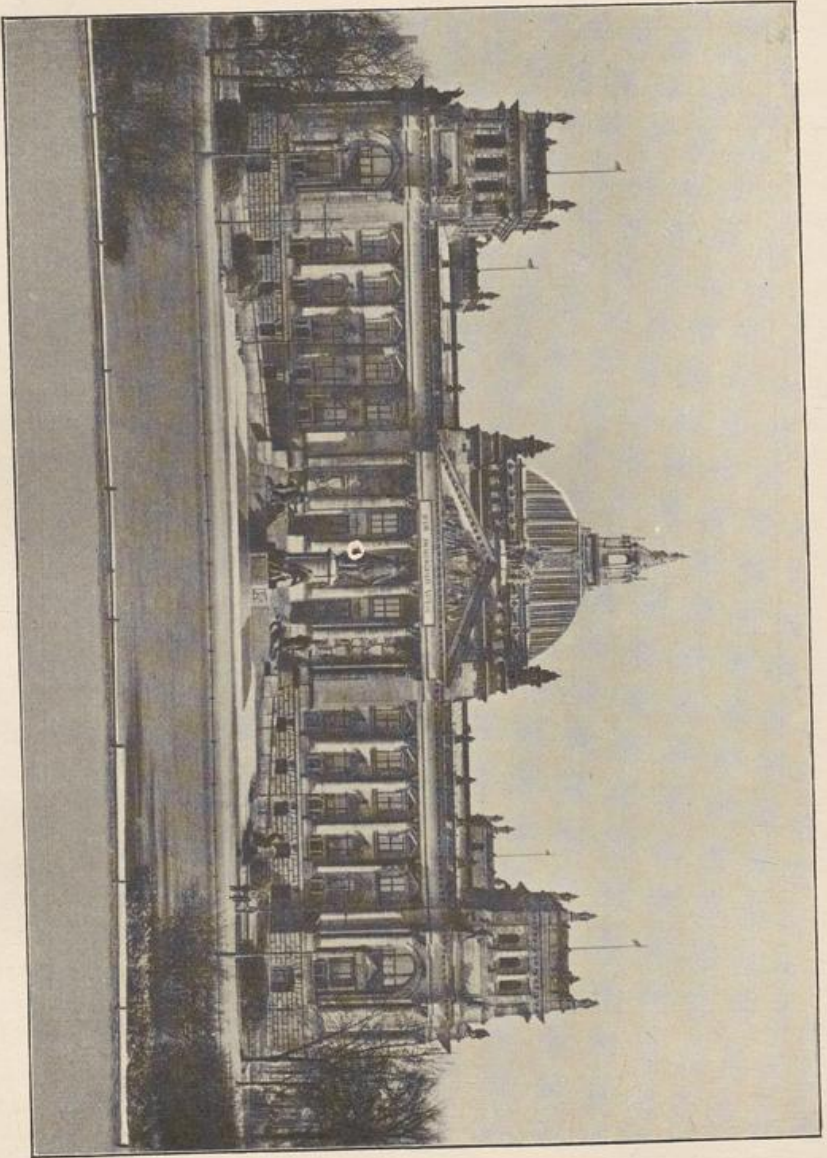
Die Reichsverfassung kann nur dann von Segen sein, wenn die Masse des Volkes von wirklicher Staatsgesinnung erfüllt ist und es vermag das Allgemeinwohl über das Wohl des einzelnen zu setzen. Das ist bis jetzt nicht der Fall. Nur wenige haben solche Gesinnung; die meisten wollen nicht der Gesamtheit dienen; vielmehr soll die Gesamtheit ihnen dienen und ihr Wohlergehen fördern. Und auch die Parteien machen's nicht anders. Da stellt die eine das Wohl des Bauernstandes, die andere das Wohl des Arbeiterstandes obenhin; wieder eine andere hat das Gedeihen der Unternehmer, der Industrie, des Kapitals, im Auge, und eine sieht in dem Ansehen und der Macht der katholischen Kirche das Heil. Eine möchte von dem Bestehenden soviel als möglich erhalten und stellt das deutsche Volkstum über alles; eine andere will vom deutschen Volk nichts wissen, sondern nur von der Menschheit und hält die bestehenden Zustände für so schlecht, daß man sie mit Stumpf und Stiel zerstören müsse. Die beiden letztgenannten Parteien sind die äußerste Rechte und die äußerste Linke; die Völkischen also und die Kommunisten. In andern Ländern sind die Gegensätze der Parteien auch vorhanden; aber doch haben alle Parteien ein Gemeinsames, das sie einigt. Das ist das Vaterland und sein Gedeihen. Aber so weit sind wir Deutsche leider noch nicht.

So ist seit der Einführung der Republik bei uns eine *Parteiherrschaft* entstanden, die nicht gut ist. Diejenige Partei, die bei den Wahlen die meisten Stimmen erhalten hat, soll die Regierung bilden. Allein bei der großen Zahl der Parteien wird in Deutschland wohl nie eine Partei die völlige Mehrheit haben. So muß sich die größte Partei mit andern verbinden und ein Ministerium zu bilden suchen; das nennt man ein *Koalitionsministerium*. Da will dann jede der Regierungsparteien einige Minister stellen; und man fragt bei der Auswahl der Minister nicht nach der Tüchtigkeit und der Sachkunde, sondern nach der Parteizugehörigkeit. So war's namentlich in der ersten Zeit nach der Revolution. Da machte man in Preußen einen Mann, der keinen Brief ohne Fehler schreiben konnte, zum Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung; und in andern Ländern kam Ähnliches vor. Darin ist man seither klüger geworden, da die beiden Reichstagswahlen 1920 und 1924 viel gemäßigter ausgefallen sind als die Wahlen zur Nationalversammlung 1919. Aber die Parteiherrschaft ist immer noch da. Deshalb hören auch die Regierungswechsel nicht auf; und während Deutschland von 1871 bis 1890 nur einen Reichskanzler



Phot. Kesten & Co., München

Reichspräsident von Hindenburg



Das Reichstagsgebäude in Berlin

hatte, haben wir seit 1918 deren schon elf gehabt. Da fehlt's an der Stetigkeit und inneren Geschlossenheit der Regierung.

Die alte Pflichttreue, Gewissenhaftigkeit, Arbeitsamkeit und Sparsamkeit ist unter dem Einflusse des Krieges und der Revolution weiten Kreisen in unserm Volke abhanden gekommen. Viele haben geglaubt, man könne nach einem verlorenen Kriege weniger arbeiten und doch besser leben als vorher; so ist beinahe durch alle Kreise unseres Volkes die Losung hindurchgegangen: möglichst wenig arbeiten, möglichst viel verdienen. Das ging durch sehr viele Glieder aller Stände hindurch. Es sollte sich bald zeigen, daß das unmöglich ist. Reich und Staaten mußten, nachdem sie erst eine Menge von weiteren Beamten angestellt hatten, Entlassungen vornehmen und den im Dienste bleibenden das Gehalt kürzen; und ähnlich ging es in der Industrie. Das ist aber nicht abgegangen ohne schwere Kämpfe. Die Arbeiterschaft hatte geglaubt, jetzt bekomme sie die Macht in die Hand im Staate und in der Industrie; jetzt breche eine neue Zeit an, in der die Verheißungen vom Zukunftsstaate in Erfüllung gehen. Das war eine Täuschung: denn die Arbeiterschaft der andern Länder, in Frankreich, England, Italien, Amerika, machte nicht mit; dort ging der Betrieb der Industrie weiter wie bisher. Deutschland aber, das geschlagene Land, konnte unmöglich weniger arbeiten lassen und mehr zahlen als andere Länder; sonst hätte von Ausfuhr gar nicht die Rede sein können. So gab's unaufhörliche Streiks, in denen bald die Arbeitnehmer, bald die Arbeitgeber den Sieg davontrugen, die aber alle eine schwere Schädigung am Volksvermögen bedeuteten. Und weil die Arbeiterschaft sich in allen ihren Hoffnungen betrogen sah, so sonderte sich von den Sozialdemokraten eine ganz radikale Partei ab, erst Spartakisten, später Kommunisten genannt, die den Umsturz alles Bestehenden und die Diktatur des Proletariats anstrebten. Ganz nach russischem Vorbilde; die Bewegung wird auch von russischem Gelde gespeist. Die Kommunisten sehen die russische Sowjet- oder Räterepublik als ihr Ziel an und malen die dortigen Zustände in rosenfarbenen Farben. Daß die Räteregierung dort nur eine Gewaltherrschaft einzelner Männer ist, daß mit Strömen von Blut, mit Menschenopfern, die den Opfern des Weltkriegs nahekommen, diese Herrschaft gegründet wurde und aufrecht erhalten wird, daß dort ein ungeheures Chaos entstanden ist, daß einige wenige im höchsten Luxus schwelgen, während Millionen verhungert sind — davon sagt man nichts. So hat's in diesen Jahren eine Reihe von schweren Aufständen der Kommunisten gegeben, die mit Waffengewalt niedergeschlagen werden mußten: in München, wo die Räterepublik errichtet wurde, in Berlin, Hamburg, Bremen, in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet.

Wie sehr durch Krieg und Revolution die Sittlichkeit im Volke notgelitten hatte und der Unterschied von Recht und Unrecht vielen ganz abhanden gekommen war, das zeigte sich in vielen schweren Untaten, die in diesen Jahren vorgekommen sind. Es kamen politische Morde vor (Erzberger und Rathenau); in den inneren Kämpfen zwischen Regierung und Kommunisten wurde von den letzteren mit wilder Grausamkeit vorgegangen; in Sachsen hat längere Zeit ein Räuberhauptmann Max Hölz alles in Schrecken gehalten, bis er endlich gefaßt und verurteilt wurde. Auch Gräber von Fürsten und von anderen großen Männern Deutschlands waren nicht mehr heilig; sie wurden vielfach erbrochen und ausgeplündert. Zum Schlimmsten aber gehörte, daß sich im besetzten und unbesetzten Gebiete Verräter genug fanden, die ihr Vaterland um Geld an die Franzosen verrieten. — Das Lagen nach Geld, das schon während des Kriegs so schlimm gewesen war, hörte nicht auf. Spekulationen mit ausländischem Gelde in der Zeit unseres Währungssturzes, Schiebungen von Waren nach dem besetzten Gebiete boten für gewissenlose Menschen Gelegenheit genug, ohne Mühe Millionen und aber Millionen zu verdienen. So entstand eine neue Gesellschaftsschicht von Reichen; es kamen zu den Kriegsgewinnlern die Nachkriegsgewinnler. Dagegen litt der Mittelstand schwer. Vor allem gerieten diejenigen Leute, die durch Fleiß und Sparsamkeit sich früher ein Vermögen redlich erworben hatten, um sich damit ein sorgenfreies Alter zu bereiten, in schwerste Not; sie konnten nicht mehr leben, und der Staat mußte zu allen seinen übrigen Lasten hin auch die Sorge für diese Rentner übernehmen, um sie vor dem Hungertode zu retten. — Alle diese Zustände sind Krankheitserscheinungen am Körper des deutschen Volkes; aber wir hoffen, daß auch wieder die Genesung kommen wird.

All das hängt aufs engste zusammen mit der Lage unseres Vaterlandes nach außen. Franzosen, Engländer und alle andern haben die Macht in Händen, und sie haben sie aufs rücksichtsloseste ausgenützt.

Bis zum Mai 1921 sollte nach dem Versailler Frieden Deutschland das volle Maß seiner Wiedergutmachungslasten erfahren. Im Januar 1921 beschloßen unsere Feinde in Paris, daß Deutschland in 42 Jahren 226 Milliarden in Gold entrichten solle, dazu eine Ausfuhrtaxe von 15 Prozent. Man hatte uns vorher unsere Eisenerze genommen, unsere Kohlen; man hatte große landwirtschaftliche Gebiete uns entrißen, uns alle unsere Handelsschiffe, dazu unsere Kolonien genommen — und jetzt heißt es: so, nun zahlet 226 Milliarden! Das war nun völliger Wahnsinn; kein Land der Welt, auch das reichste nicht, wäre imstande gewesen auch nur annähernd das zu zahlen, was hier von dem ausgeplünderten Deutschland verlangt wurde. Auch unsere Feinde wußten

sehr gut, daß sie damit unmögliche Forderungen stellten. Allein sie wollten ja Unmögliches fordern, um dann jederzeit sagen zu können: Deutschland erfüllt seine Verpflichtungen nicht. Die Folge sollten dann Strafen über Strafen sein: neue Lasten, neue Besetzungen von deutschen Gebieten. Deutschland soll zum Sklavenvolk erniedrigt werden, das für alle Zeiten seinen brutalen Unterdrückern den Ertrag seiner sauren Arbeit abzuliefern hat. Das war schon während des Kriegs die Absicht unserer Feinde gewesen; nur Träumer hatten von unsern Feinden Besseres erwartet. Sie hatten ja beim Waffenstillstand feierlich vor aller Welt sich auf Wilsons vierzehn Punkte verpflichtet, also einen Frieden der Gerechtigkeit verheißen. Allein diese feierlichen Zusagen zu brechen, machte ihnen keine Gewissensbisse; hatte doch ihr Urheber selber sie gebrochen.

Die deutsche Regierung hat auf dieses wahnsinnige Verlangen hin sich erboten, 58 Milliarden innerhalb dreißig Jahren zu bezahlen; das würde mit Verzinsung immer noch auf die Riesensumme von 150 Milliarden herauskommen. Daraufhin besetzten die Franzosen die Ruhrhäfen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Nunmehr stellten die Feinde ein Ultimatum auf, das 132 Goldmilliarden in jährlichen Beträgen von 2 Milliarden und eine Ausfuhrabgabe von 26 Prozent des Wertes der Waren forderte. Daß damit die Ausfuhr tatsächlich unmöglich gemacht war, weil eine so belastete Ware unmöglich den Wettbewerb auf dem Weltmarkte aufnehmen konnte, kümmerte sie nicht; sie wollten ja Unmögliches verlangen. Der Reichstag stimmte mit einer kleinen Mehrheit für Annahme des Ultimatus.

Mittlerweile hatte die Abstimmung in Oberschlesien stattgefunden. Obgleich das Land von Franzosen, Engländern und Italienern besetzt war, obgleich die Franzosen alle Mittel der Drohungen und der Bestechung aufgewendet hatten, um ein für Polen günstiges Ergebnis zu erzielen, so stimmten doch 65 Prozent für das Verbleiben bei Deutschland und nur 35 Prozent für den Übergang an Polen. Damit schien dieses große, wertvolle Industriegebiet für Deutschland gerettet zu sein. Aber weit gefehlt! Die Abstimmung unterlag noch der Genehmigung des Feindbundes. Die Feinde aber konnten sich nicht einigen und überwiesen die Entscheidung dem Völkerbunde. Dieser setzte einen Ausschuß ein, der je einen Vertreter von Belgien, Brasilien, China und Spanien zählte. Der Belgier stand von vornherein auf der Seite unserer Feinde; der Brasilianer und der Chinese wußten kaum, wo Oberschlesien liegt, und hatten keine Ahnung von der Bedeutung der Sache; und nur der Spanier war für Gerechtigkeit. Allein er unterlag der Mehrheit, und diese

beschloß, daß trotz der Abstimmung das Hauptindustriegebiet des Landes mit seinen Schätzen von Kohle, Eisen, Zink und Blei an Polen fallen sollte. Das war die Gerechtigkeit des Völkerbundes.

Trotz dieses handgreiflichen Bruchs aller Zusagen hat Deutschland am 1. August 1921 die erste Goldmilliarde bezahlt. Allein unter dem Einflusse dieser Zahlung sank der Wert der Mark auf zwei Pfennig, so daß die Regierung vor der nächsten Zahlung Aufschub verlangen mußte. Da kam in Frankreich der Hauptanstifter des Weltkriegs und geschworene Feind Deutschlands, Poincaré, ans Ruder. Vergebens wies der neue deutsche Minister des Auswärtigen, Rathenau, nach, daß Deutschland bisher schon an Gold- und Sachlieferungen 45 Milliarden entrichtet habe und daß der Wert der entrissenen Gebiete und Kolonien weitere 54 Milliarden betrage. — Die Franzosen wollten unerfüllbare Forderungen stellen. Poincaré selber hat französischen Zeitungsschreibern erklärt, es wäre ihm sehr unangenehm, wenn die Deutschen zahlen würden. „Ich für meinen Teil ziehe die Besetzung und Eroberung dem Einstreichen von Kapitalien und den Wiedergutmachungen vor. Das einzige Mittel, den Frieden von Versailles zu retten, besteht darin, die Dinge so zu richten, daß unsere besiegten Gegner ihn nicht halten können.“

Die deutsche Währung sank immer mehr, so daß im November 1922 die deutsche Regierung ihre Zahlungsunfähigkeit erklären mußte. Seit Jahren hatte die Regierung durch Druck von weiterem Papiergeld Zahlungsmittel schaffen müssen; die unausbleibliche Folge war, daß der Wert der Mark immer weiter sank und die Preise aller Lebensbedürfnisse unaufhaltsam stiegen. Im November 1922 trat der Reichskanzler Wirth zurück; an seine Stelle trat der bisherige Direktor der Hamburg-Amerikalinie Cuno. — Auch die Feinde mußten nach und nach einsehen, daß ihre unsinnigen Forderungen ihnen selbst Schaden bringen. Namentlich erkannten die Engländer, daß der Friede ihnen bisher nichts gebracht habe als Arbeitslosigkeit. So beantragte der englische Minister Bonar Law in Paris zunächst einen vierjährigen Zahlungsaufschub und dann eine Entschädigung von 40 Milliarden, die in zwanzigjährigen Raten von je 2 Milliarden abgetragen werden sollten. Deutschland bot 30 Milliarden und außerdem einen auf ein Menschenalter gültigen Vertrag, nach dem alle Regierungen und Parlamente sich verpflichten sollten, ohne Volksabstimmung keinen Krieg zu führen. Die Franzosen behaupteten nämlich, Sorge vor einem Rachekrieg Deutschlands

zu haben, obgleich Deutschland völlig entwaffnet ist und nur ein Heer von 100 000 Mann halten darf; obgleich sie selbst 8—900 000 Mann ständig unter Waffen halten und mit allen neuzeitlichen Waffen überreichlich versehen sind. Außerdem haben sie den Oststaaten Polen, Tschechoslowakei, auch Rumänien Hunderte von Millionen für Rüstungszwecke geliehen, um sie auf Deutschland hegen zu können. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs konnte unter diesen Umständen auch nur langsam vor sich gehen. An einem großen Teil der für diesen Zweck verwilligten Gelder haben sich Spekulanten und Lieferanten bereichert, und der Regierung selbst war es nicht ernst mit deren Aufbau; sie wollte möglichst lange im zerstörten Gebiete Trümmer haben, um sie aller Welt zeigen und sagen zu können: „Sehet! das haben die Deutschen getan! und jetzt weigern sie sich zu bezahlen.“

So wollte auch Poincaré von einer Verständigung über die Entschädigung gar nichts wissen. Er stellte fest, daß Deutschland mit Kohlen- und Holzlieferungen im Rückstande geblieben sei und ließ am 11. Januar 1923 französische Truppen in voller kriegsmäßiger Ausrüstung ins Ruhrgebiet einmarschieren und nach und nach das ganze Industriegebiet besetzen. Feierliche Proteste, die die Reichsregierung an alle Mächte richtete, verhallten ungehört.

Die Fabriken, die Bergwerke, die Eisenbahnen wurden von den Franzosen besetzt. Die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets hatte sich von Anfang an geweigert, unter dem Zwang französischer Bajonette zu arbeiten. Die Arbeitgeber schlossen sich ihnen an, und die Reichsregierung hat das gutgeheißen. Das war der sogenannte passive Widerstand; eine andere Waffe stand uns nicht zu Gebote.

Und nun begann eine Zeit namenloser Quälereien und Mißhandlungen für das Ruhrgebiet nicht bloß, sondern für das ganze besetzte Gebiet. Schon bisher hatte die Bevölkerung im altbesetzten Gebiet Namenloses zu erdulden gehabt. Französische Offiziere besetzten die Wohnungen, nahmen die besten Möbel für sich in Beschlag und schalteten und walteten mit brutalem Übermut; der Eigentümer mochte sehen, wo er unterkam. Mit recht teuflischer Berechnung hatten die Franzosen zur Besetzung auch schwarze und gelbe Truppen gewählt; es geschah, um den tapferen, vielfältiger Übermacht unterlegenen Gegner Tag für Tag zu beschimpfen. Unter den Roheiten der schwarzen Truppen hatten namentlich Frauen und Mädchen Unsägliches zu leiden. Wer den Franzosen irgendwie verdächtig war, wurde ausgewiesen, oft von heute auf morgen. Die Besatzung bezog ungeheure Gehälter: der gemeine Soldat mehr als im deutschen Heere der Hauptmann, und die Offiziere entsprechend. Deutschland hatte zu bezahlen. Dabei bezahlte

aber Frankreich seine schwarzen Truppen so erbärmlich, daß sie Hunger leiden mußten; den Überschuß schoben die Offiziere oder der französische Staat in die Tasche.

Alle Quälereien, die die Bevölkerung bisher hatte erdulden müssen, steigerten sich mit der Ruhrbesetzung. Die deutschen Eisenbahnbeamten, die sich weigerten ihren Dienst zu brechen und von der französischen Verwaltung Befehle entgegenzunehmen, wurden sämtlich ausgewiesen. Eine große Zahl von Schulen wurde für Zwecke des Heeres in Beschlag genommen. Daß damit viele Tausende von deutschen Kindern des geordneten Unterrichts beraubt wurden, kümmerte die Franzosen nicht. Männer, Frauen und Kinder wurden ohne Ursache hingemordet; auf jeden, der sich abends von 9 Uhr ab auf der Straße blicken ließ, durfte ohne jede Warnung geschossen werden. Bei dem geringsten Vergehen wurde auf barbarische Gefängnisstrafen erkannt. Als ein französischer Leutnant eines der Kruppwerke in Essen besetzte und die Arbeiter infolge dessen aus der Fabrik herausströmten und die Arbeit einstellten, ließ der Offizier ohne jede Veranlassung Feuer auf die Menge geben, wodurch dreizehn Menschen getötet und viele verwundet wurden. Das französische Kriegsgericht aber bestrafte nun nicht etwa den Leutnant, sondern eine Reihe von Direktoren der Kruppwerke mit 15—20 Jahren Zuchthaus. Die meisten waren zwar abwesend; aber der oberste Leiter der Werke, Krupp von Bohlen, hatte sich dem Kriegsgericht gestellt, weil er nichts vor seinen Arbeitern voraus haben wollte. Er wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt und eingekerkert. Ließ irgendwo die zur Verzweiflung getriebene Bevölkerung sich zu Gewalttaten hinreißen, so wurde mit furchtbaren Strafen eingeschritten. Das Kriegsgericht in Werden hat neun Angeklagte zum Tode verurteilt. Der Kaufmann Schlageter, der wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports zum Tode verurteilt wurde, ward erschossen. Er starb als Held, ein Märtyrer für Deutschlands Freiheit. Andere wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt“, eine Strafe schlimmer als der Tod; denn die Qualen, denen die Gefangenen in den französischen Gefängnissen ausgesetzt waren, sind unbeschreiblich. Viele wurden nach Frankreich oder nach den französischen Kolonien verschleppt. — Um mindestens das linke Rheinufer ganz an sich zu bringen, haben die Franzosen in der Rheinprovinz und der Pfalz die sogenannten Separatisten unterstützt, die auf eine Losreißung dieser Länder von Preußen und Bayern und Errichtung einer rheinischen Republik unter französischem Schutze hinarbeiteten. Es fanden sich leider auch hier erbärmliche Deutsche, die in den Sold des Feindes traten. Meist waren es verkommene, vielfach wegen gemeiner Verbrechen bestrafte Lumpen. Aber unter dem Schutze der Franzosen

konnten sie zeitweise, namentlich in der Pfalz, eine wahre Schreckensherrschaft ausüben. — Im Ruhrgebiet waren ganz gemeine Straßenräubereien seitens der französischen Soldaten an der Tagesordnung. Kein Wunder; ihre Offiziere hatten es ihnen vorgemacht, indem sie, wie es ihnen paßte, alles Geld, dessen sie in Banken und öffentlichen Kassen habhaft werden konnten, „beschlagnahmten“. Um die Bevölkerung endlich müde zu machen, verhinderten sie den Verkehr mit Lebensmitteln. Im ganzen sind im Ruhrgebiet über hundert Deutsche, meist ohne jede Ursache, erschossen worden; 170—180 000 wurden ausgewiesen, über 2000 schmachteten in französischen Gefängnissen. Erreicht haben die Franzosen durch die Besetzung nichts: denn die Kohlenlieferungen waren weit geringer als diejenigen, die sie vor der Besetzung erhalten hatten; allein die Quälereien der Bevölkerung und der Schaden fürs übrige Deutschland waren ungeheuer.

Denn das Deutsche Reich hat die Arbeitslosen unterhalten. Große Summen von Geld sind ins Ruhrgebiet gewandert; ein großer Teil wurde von den Franzosen immer wieder weggenommen und auf den Geldmarkt geworfen, um die deutsche Währung noch weiter heruntersudrücken. Sie sank auch in einer Weise, wie man es nie für möglich gehalten hätte. Die Notendruckereien kamen kaum noch mit dem Druck von neuem Papiergeld nach; zuletzt rechnete man nur noch mit Milliarden, ja Billionen und Trillionen. Von Tag zu Tag, von Woche zu Woche sank der Markkurs. Wer heute ein paar Billionen eingenommen hatte, konnte sich schon morgen kaum mehr etwas um diese Riesensumme kaufen. Zuletzt galt der Dollar 4,2 Billionen Papiermark.

Das waren Zustände, die nicht so fortgehen konnten. Mehrfach hatte die Regierung Cuno versucht Verhandlungen anzuknüpfen; allein da Poincaré sich auf gar nichts einlassen und namentlich die Gefangenen nicht freilassen, die Ausgewiesenen nicht zurückkehren lassen wollte, so war nichts dabei herausgekommen. Cuno trat zurück, und der Führer der Deutschen Volkspartei *Stresemann* trat an die Stelle und blieb auch unter dem folgenden Reichskanzler, dem Zentrumsführer *Marr*, als Außenminister im Kabinett. Er hatte die schwere Aufgabe, den passiven Widerstand einzustellen. Erreicht wurde dadurch nichts; die Franzosen haben nicht das geringste Zugeständnis gemacht. Allein bei dem trostlosen Zustande der deutschen Finanzen wäre es unmöglich gewesen, den Widerstand weiterzuführen. Die Regierung hatte die weitere Aufgabe, eine Gesundung unserer Finanzen herbeizuführen. Sie brachte das fertig durch Einführung einer neuen Währung, der sogenannten Rentenmark, und durch Stilllegung der Notenpresse; ferner durch Kürzung der Gehälter und durch weitgehende Beamtenentlassungen. Es ist in der

Tat eine entschiedene Besserung der Lage dadurch erreicht worden; nur machte sich jetzt überall Geldmangel fühlbar, was für Landwirtschaft und Industrie außerordentlich mißlich war.

In der äußeren Politik hat die deutsche Regierung bis jetzt noch nichts Nennenswertes erreicht. Die ganze Welt, vor allem die am Kriege beteiligten Staaten, leiden darunter, daß dieser schlechte Frieden geschlossen wurde. Eine Konferenz der leitenden Staatsmänner folgt der andern. Sie sind alle vergeblich, weil alle Verhandlungen im alten Geiste des Egoismus, der Vergewaltigung und der Lüge geführt werden; und so lange dieser Geist bleibt, wird kein Friede. Die Staatsmänner der Feinde haben im Jahr 1924 eine Konferenz von „unparteiischen“ Sachverständigen zusammentreten lassen, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands und seine wirtschaftlichen Verhältnisse untersuchen und Vorschläge für die Zahlungen machen sollte. Diese Sachverständigen haben auch unter dem Vorsitz des amerikanischen Generals Dawes getagt und ein Gutachten aufgestellt. Das enthält zwar manches Gute und Annehmbare; namentlich verlangt es, daß Deutschlands wirtschaftliche und Verwaltungshoheit in den besetzten Gebieten wiederhergestellt werden müsse. Aber im ganzen mutet es doch dem deutschen Volke unerschwingliche Leistungen zu. Es setzt wohl die jährlichen Leistungen Deutschlands fest, nicht aber die Gesamtsumme; und so geht auch dies Gutachten doch von dem Gedanken aus, daß man Deutschland auf unbestimmte Zeit tributpflichtig erhalten müsse.

Alle beteiligten Staaten haben sich bereit erklärt, auf dem Boden dieses Gutachtens weiter zu verhandeln. In England und Frankreich sind durch die Wahlen Arbeiterregierungen ans Ruder gekommen; auch in Frankreich ist Poincaré gestürzt und an seine Stelle der Sozialist Herriot getreten. Wer aber erwarten sollte, daß diese Regierungen besonders viel Verständnis und Teilnahme für andere Völker, namentlich für die Leiden Deutschlands haben würden, der würde sich gröblich täuschen. Sie stehen beide durch und durch auf nationaler Grundlage. Sie sind ferner gebunden durch die Rücksicht auf die vorhergegangene Regierung und werden sich sehr hüten, diese vor der Welt bloßzustellen. Sie werden sich vor allem hüten, die Archive zu öffnen und damit die ungeheure Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege, auf der der ganze Versailler Frieden aufgebaut ist, zu offenbaren. Es wird wohl mit diesen Regierungen leichter zu verhandeln sein als mit Poincaré, aber große Hoffnungen dürfen wir nicht auf sie setzen; war doch eine der ersten Amtshandlungen der beiden Regierungen die Erneuerung der Militärkontrolle über Deutschland; und das, obgleich eine frühere englische Regierung ausdrücklich anerkannt hatte, daß die Entwaffnung

Deutschlands vollendet sei. Die übrige Welt erkennt zwar nach und nach, daß der Imperialismus und Militarismus auf seiten Frankreichs und Englands nicht bloß jetzt ist, sondern von jeher war; aber sie sieht allen französischen Roheiten und Gewalttaten mit gekreuzten Armen zu. Das Weltgewissen regt sich noch nicht.

Im Jahr 1925 wurde eine Konferenz der leitenden Staatsmänner zu Locarno gehalten, in der auch Deutschland durch seinen Außenminister Stresemann vertreten war. Die Konferenz war ausdrücklich zum Zwecke der Herstellung eines wirklichen Weltfriedens einberufen worden. Es fehlte auch in der Konferenz nicht an versöhnlichen Reden, namentlich nicht von seiten des französischen Außenministers Briand. Deutschland hat in den Abmachungen seine Bereitschaft erklärt in den Völkerbund einzutreten, und man hat ihm einen ständigen Sitz im Völkerbund verheißen. Unter der Hand allerdings versuchten die Franzosen dieses Zugeständnis wieder wirkungslos zu machen, indem sie den Polen ebenfalls einen ständigen Ratssitz verhießen, um dadurch Deutschlands Einfluß lahmzulegen. Schon das zeigte, wie wenig wahre Friedensliebe, Versöhnlichkeit und Ehrlichkeit auch auf dieser Konferenz vorhanden war. Deutschland hat sich in Locarno verpflichtet, die derzeitige deutsche Westgrenze zu garantieren. Damit ist Elsaß-Lothringen den Franzosen überantwortet; Deutschland verzichtet darauf, mit Waffengewalt sich dieser Länder wieder zu bemächtigen. Betreffs der Ostgrenze wurde dagegen eine solche Garantie nicht gegeben. Die anderen haben mündliche Zusicherungen gegeben, daß die Truppenzahl im besetzten Gebiete vermindert werden soll. Außerdem ist schon im Frieden von Versailles die ausdrückliche Zusage gegeben worden, daß das Rheinland völlig geräumt wird, wenn Deutschland seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Ebenso ist längst zugesichert worden, daß die militärische Kontrolle aufhört, sobald Deutschland entwaffnet ist.

Manche Menschen hatten große Hoffnungen auf den „Geist von Locarno“ gesetzt und den Anbruch einer neuen Zeit von ihm gehofft, zumal nicht lange darauf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund stattfand. Damals — es war im September 1926 — hat Briand in Genf eine überschwengliche Versöhnungsrede gehalten, in der er ausrief — und zwar mit ausdrücklicher Beziehung auf das besetzte Gebiet: „Weg mit den Waffen! Weg mit den Kanonen!“ Wer nicht wußte, wie wenig auf große französische Worte zu geben ist — und wie viele leichtgläubige Deutsche wissen das nicht! —, der konnte allerdings glauben: jetzt beginnt eine neue Zeit.

Es ist anders gekommen. Denn mittlerweile war in Frankreich wieder der Hauptschuldige am Weltkrieg, Poincaré, ans Ruder gekommen. Er

dachte gar nicht daran, die Versprechungen einzulösen. Vielmehr mußten wir Deutsche um jedes, auch um das kleinste Zugeständnis, langwierige Kämpfe führen. Der Franzose wollte sie sich beständig durch andere Zugeständnisse erkaufen lassen. Das sollte sich sofort zeigen. Schon vorher waren die Vertragsbestimmungen von Frankreich und England nicht eingehalten worden: die Kölner Zone hätte nach dem Friedensdiktat am 1. Januar 1925 geräumt werden sollen. Sie wurde nach langen Verhandlungen mit der deutschen Regierung erst ein Jahr später, am 1. Januar 1926 geräumt. Daß Deutschland tatsächlich abgerüstet habe, war von England ausdrücklich anerkannt worden. Trotzdem dauerte die militärische Kontrolle fort. Nach langen, fast endlosen Verhandlungen, bei denen Frankreich immer wieder neue Forderungen stellte, wurde endlich im Jahr 1927 auf die Kontrolle verzichtet; aber an ihre Stelle eine andere ähnliche Kontrolle (durch den Völkerbund) gesetzt. Noch schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen über die Verringerung des Besatzungsheeres. Sowie diese Frage ernstlich von der deutschen Regierung erhoben wurde, setzte sofort in der französischen und belgischen Presse ein Feldzug dagegen ein. „Frankreich braucht Sicherheit gegen einen deutschen Überfall und kann deshalb seine Truppen nicht vermindern,“ so hieß es. Der belgische Kriegsminister erhob Anklagen gegen Deutschland wegen angeblicher geheimer Rüstungen, Poincaré hielt wieder seine üblichen Hafreden — ganz als wäre kein Locarno da gewesen. Endlich einigten sich Frankreich und England dahin, daß die Rheinlandbesatzung von 70 000 auf 60 000 Mann herabgesetzt werden soll — ein Jahr, nachdem Briand seine Versöhnungsrede gehalten hatte. Von einer völligen Räumung des Rheinlandes ist noch entfernt nicht die Rede. — Im Völkerbund hatte man zuvor über die Weltabrüstung verhandelt zu Land und zur See. Es hatte alles mit einem kläglichen Mißlingen geendet. — E i n Wortbruch, e i n Vertragsbruch um den andern, genau wie zur Zeit Napoleons I. und Ludwigs XIV.

Da stehen wir bei der Vollendung dieses Buches. Friede wird erst dann werden in der Welt, wenn ein wirklich neuer Geist einkehrt. Dann wird auch Deutschland wieder die Stellung in Europa einnehmen, die ihm gebührt und die es 1871—1914 zum Hort des Friedens in unserem Weltteil gemacht hat.